

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 25. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. März 2011, 13:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hauke Göttsch (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

i.V. von Wilfried Wengler

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Jens-Uwe Dankert (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Katharina Loedige (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen | 5 |
| Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1072 | |
| Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1175 | |
| 2. Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich | 7 |
| Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 17/522 | |
| 3. Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen | 8 |
| Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/729 | |
| 4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark | 10 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 17/782 | |
| 5. Konzeptionelle Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit | 11 |
| hierzu: Umdruck 17/1795 | |

-
- | | |
|--|-----------|
| 6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein | 12 |
| <p>Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/268</p> | |
| 7. Stand der Integration in Schleswig-Holstein | 13 |
| <p>Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1045</p> | |
| 8. a) Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013 | 14 |
| <p>Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1071</p> | |
| b) Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft | |
| <p>Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1176</p> | |
| <p>Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1229</p> | |
| 9. 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Schleswig-Holstein - Erste Überlegungen | 15 |
| 10. Verschiedenes | 16 |

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 13:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1072

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1175

(überwiesen am 27. Januar 2011)

Herr Thorsten Augustin, Leiter der Abteilung Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten in der Staatskanzlei, führt in die Thematik ein. Ziel der Landesregierung sei, eine gemeinsame Nordsee-Strategie zu unterstützen jedoch sei man der Auffassung, dass es nicht leicht werde, die Mitgliedstaaten zu motivieren, eine EU-Nordsee-Strategie auf den Weg zu bringen. Wichtig sei, das Land Dänemark davon zu überzeugen, dieses Thema im Rahmen seiner anstehenden EU-Ratspräsidentschaft auf die europäische Agenda zu setzen. Möglicherweise erfolge die Umsetzung nicht im Rahmen einer makroregionalen Strategie, sondern im Rahmen einer Meeresbeckenstrategie, bei der es besonders um maritime Aspekte gehe. Auf der Sitzung der Expertengruppe „Maritime Policy“ sei ein sogenanntes Scoping-Papier vorgelegt worden, das eine Bestandsanalyse enthalte. Dabei handele es sich explizit nicht um eine makroregionale Strategie. Vonseiten der Niederlande und Großbritanniens sei Widerstand gegen eine Nordsee-Strategie geäußert worden. Es sei zudem der Wunsch geäußert worden, zunächst einen Runden Tisch einzurichten, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Die Landesregierung plane, gemeinsam mit den anderen norddeutschen Bundesländern eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Scoping-Papier zu entwerfen, damit die Bundesregierung eine entsprechende Stellungnahme in den Diskussionsprozess einbringen könne.

Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden im Hinblick auf die Umwandlung von bereits bewilligten Fördermitteln merkt AL Augustin an, dass das Problem darin bestehe, die Finanzmittel zu akquirieren. Dies sei besonders schwierig, wenn es sich um eine reine Meeresbeckenstrategie handele.

Auf eine Frage der Abg. Funke zu Parallelen des Scoping-Papiers zu Regelungen in der Ostsee führt AL Augustin aus, dass ökologische Nachhaltigkeit und ausgewogene Wirtschaftsaktivität auch in der Nordseekooperation eine Rolle spiele. Darüber hinaus gebe es eine Reihe weiterer Themen, die für die Nordsee wichtig seien. Es gebe aber keine direkte Verknüpfung zur Ostsee-Strategie. Er weist noch einmal auf den Bezug zwischen Meeresraum und den unmittelbaren Küstenregionen hin.

Abg. Spoorendonk gibt ihrer Verwunderung Ausdruck, dass Großbritannien und die Niederlande kein großes Interesse an einer vertieften Nordsee-Kooperation zeigten. - AL Augustin erläutert, dies habe unter anderem mit finanziellen Erwägungen vonseiten der Niederlande zu tun. Die Niederlande und Großbritannien hätten auch darauf gedrungen, das Scoping-Papier zunächst nicht an die Stakeholder in den Regionen zu verteilen. Der Ausschuss der Regionen habe auch nur begrenzte Möglichkeiten, die Kommission dazu zu bewegen, in bestimmten Politikbereichen aktiv zu werden, da er nur beratende Funktion habe.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1072 und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1175, zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal zu beraten. Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren. Des Weiteren beschließt der Ausschuss, die Landesregierung zu bitten, die dänische Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die Nordseepolitik voranzubringen.

Darüber hinaus beschließt der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung zu dem Thema mit circa zehn Anzuhörenden durchzuführen. Um einige wichtige Punkte herauszugreifen, sollten Fragen durch die Fraktionen formuliert werden, an denen sich die Anzuhörenden orientieren könnten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/522

(überwiesen am 19. Mai 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/921, 17/922, 17/923, 17/928, 17/930, 17/1038,
17/1070, 17/1125, 17/1127, 17/1132, 17/1133, 17/1137,
17/1138, 17/1141, 17/1145, 17/1146, 17/1147, 17/1156,
17/1279, 17/1524

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuss überein, den Punkt auf die Sitzung am 11. Mai zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/729

(überwiesen am 10. September 2010 an den **Europaausschuss** und an den Sozialausschuss)

hierzu: Umdruck 17/1803

Abg. Herbst stellt die Frage in den Raum, ob der Antrag hauptsächlich darauf abziele, den im Gebiet Archangelsk tätigen Organisationen mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, oder ob es sich um konkrete, finanzwirksam werdende Unterstützung handele. Er regt an, die Aufmerksamkeit des Landtags verstärkt den Initiativen zu widmen und dies auch dem Landtagspräsidenten nahezulegen.

Abg. Fischer und Abg. Spoorendonk plädieren für die Annahme des Antrags, der als Grundsatzbeschluss auch Anerkennung für die Organisationen beinhalten würde.

Abg. Funke regt an, die Arbeit der verschiedenen Verbände weiterhin zu verfolgen, aufgrund der möglicherweise entstehenden Kosten könne sie dem Antrag jedoch nicht zustimmen.

Abg. Spoorendonk kündigt an, eine Überprüfung bestehender Initiativen zu beantragen und weiterhin zu beantragen, zu prüfen, welche Arbeit eine mögliche einzurichtende Koordinierungsstelle leisten könne.

Abg. Fischer weist auf die Tatsache hin, dass die Arbeit der Organisationen im Gebiet Archangelsk auch als Umsetzung der Idee der nordischen Dimension gewertet werden könne. In diesem Zusammenhang müsse gegebenenfalls auch noch einmal die Politik des „arktischen Fensters“ angesprochen werden.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt der Europaausschuss vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Sozialausschusses dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/729, abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt zudem, das Thema nördliche Dimension und Politik des arktischen Fensters in absehbarer Zeit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/782

(überwiesen am 9. September 2010 zur abschließenden Beratung)

Nach einer kurzen Einleitung durch AL Augustin, nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/782, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Konzeptionelle Überlegungen zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit

hierzu: Umdruck 17/1795

Abg. Spoorendonk betont auch im Hinblick auf den erörterten Bericht zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark, dass dort, wo im Bericht die Zusammenarbeit gelobt worden sei, Haushaltskürzungen stattgefunden hätten. Darüber hinaus bittet sie die Landesregierung, über das Problem zu berichten, dass viele Studierende aus Flensburg keinen Referendariatsplatz erhielten. Zudem bestehe ein Dissens mit der Region Syddanmark dahin gehend, dass man sich in der geplanten Dänemark-Strategie auf die Fehmarnbelt-Region konzentrieren wolle. Die Frage sei ihrer Ansicht nach, wie die Arbeit weitergehen solle.

Auch Abg. Pauls macht auf die bestehenden Probleme, zum Beispiel im Hinblick auf die Konzentration auf die Fehmarnbelt-Region oder die Zusammenarbeit der Universitäten aufmerksam. Problematisch sei auch, dass die Minderheiten kaum erwähnt würden und die Kompetenzanalyse keine Berücksichtigung finde.

Abg. Fischer merkt an, dass es seiner Ansicht nach schwierig sei, einen Entwurf zu diskutieren, der sich noch ändern könne, da auch die Kommunen angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten worden seien. Darüber hinaus wolle sich die SPD-Fraktion Zeit nehmen, die Dänemark-Strategie näher zu analysieren. Man strebe an, eine eigene Strategie vorzulegen.

Abg. Funke betont, dass sie eine Konzentration auf die feste Fehmarnbelt-Querung nicht erkennen könne. Darüber hinaus gehöre auch die feste Fehmarnbelt-Querung beziehungsweise die bestehende Fährverbindung zum Grenzgebiet zwischen Deutschland und Dänemark.

Abg. Spoorendonk betont, dass bis zur Fertigstellung der festen Fehmarnbelt-Querung noch viel Zeit vergehen werde, die Kooperation mit Syddanmark aber jetzt stattfinde. Wichtig sei in dieser Hinsicht, jetzt tätig zu werden.

Der Ausschuss nimmt, den Umdruck 17/1795 zur Kenntnis. Darüber hinaus stehe es den Fraktionen frei, sich in den Diskussionsprozess mit eigenen Ideen einzubringen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/268

(überwiesen am 19. März 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an
den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/711, 17/713, 17/732, 17/734, 17/746, 17/803, 17/820,
17/891, 17/904, 17/913, 17/920, 17/953, 17/1014,
17/1019, 17/1030, 17/1032, 17/1122, 17/1150, 17/1151

Abg. Herbst schlägt vor, die Beratung des Tagesordnungspunktes auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, um den Koalitionsfraktionen die Möglichkeit zu geben, sich zu einigen.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren, und strebt eine Beschlussfassung zu dem Punkt am 11. Mai 2011 an.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Stand der Integration in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1045

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung auf den 11. Mai 2011 zu verschieben.

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1071

**b) Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013:
Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Land-
wirtschaft**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1176

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1229

(überwiesen am 28. Januar 2011 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und
den Europaausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt, sich der schriftlichen Anhörung des Umwelt- und Agrarausschusses anzuschließen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

10. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Schleswig-Holstein - Erste Überlegungen

Der Vorsitzende stellt die ersten Überlegungen zum 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee vor, das in Schleswig-Holstein stattfinden werde. Thematisch habe man „allgemeine und berufliche Bildung als Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung“ ins Auge gefasst. Ein weiteres Thema solle die Rolle der regionalen Parlamente bei der Vermittlung europapolitischer Themen sein. Das Schwerpunktthema Bildung - auch bei der Jugend - könne unter anderem durch Best-practice-Beispiele dargestellt werden. Der Zeitpunkt des Parlamentsforums könne September oder Oktober 2011 sein, eine Abschlusskonferenz solle vor dem voraussichtlichen Wahltermin liegen, zum Beispiel im Februar 2012 in Brüssel. Ein Vorbereitungstreffen dazu könne auch in Schleswig-Holstein stattfinden.

Abg. Loedige empfiehlt, die Planungen mit dem Landtagspräsidenten abzustimmen. Auch die Landtagsverwaltung solle bei der Vorbereitung der Konferenz eine aktive Rolle spielen.

Abg. Spoorendonk unterstützt den Vorschlag und begrüßt, dass der Europaausschuss einen Vorschlag für ein Konzept mache. Die Einbindung des Ausschusses sei ihrer Ansicht nach wichtig.

Abg. Langner betont, dass aus ihrer Sicht der Landtag Schleswig-Holstein Mitglied im Parlamentsforum sei und nicht der Europaausschuss. Insofern obliege es ohnehin dem Landtagspräsidenten, entsprechende Konferenzen zu organisieren.

Abg. Fischer regt an, die Aufgaben des Europaausschusses bei der Pflege der Partnerschaften zu prüfen.

Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Zum Antrag des SSW, Umdruck 17/1953 (neu), beschließt der Ausschuss, die Landesregierung aufzufordern, schriftlich zu berichten.

Nach einer Diskussion beschließt der Ausschuss, eine Reise nach Brüssel durchzuführen. Ziel solle das Hanse-Office und die Europäische Kommission sein. - Abg. Loedige betont, dass es für den Europaausschuss wichtig sei, nach Brüssel zu fahren. - Als Termin für die Reise beschließt der Ausschuss einstimmig den 28. bis 30. September 2011.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 14:30 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer